

Der (Um-)Weg zur Fachkraft



Fachkräftemangel. In Deutschland fehlen mehr gut ausgebildete Arbeitskräfte denn je, zugleich gab es zuletzt fast 2,5 Millionen Arbeitslose. Doch Letztere verfügen oft nicht über die von den Unternehmen gesuchten Qualifikationen. Würden arbeitslose Helfer entsprechend weitergebildet, ließe sich die Fachkräftelücke in einer Reihe von Mangelberufen zumindest teilweise schließen. Aber auch die eigene Ausbildung junger Menschen kann Betriebe gegen Personalengpässe wappnen – sagt Thomas Godknecht vom Marinetechnikanbieter Gabler Naval. —→ [Seiten 2-5](#)

China

Das deutsche Handelsbilanzdefizit gegenüber China ist so groß wie nie zuvor und die Abhängigkeit bei relevanten Rohstoffen hat sich weiter verstärkt.

—→ [Seiten 6-7](#)

IW-Konjunkturumfrage

Die Unternehmen in Deutschland sind mit Blick auf ihre Geschäftsentwicklung aktuell deutlich pessimistischer als noch im Frühjahr.

—→ [Seiten 14-15](#)

Die Qualifikationslücke

Fachkräftemangel. Noch nie konnten so viele Stellen in Deutschland nicht besetzt werden wie 2022. Gleichzeitig sind fast 2,5 Millionen Menschen arbeitslos. Das Argument, es fehle nicht an Arbeitskräften, fällt in der öffentlichen Diskussion daher häufig. Doch so einfach ist es nicht.

Ob im Handwerk, in der Altenpflege oder in der Industrie – in immer mehr Berufsgruppen wachsen die Personalengpässe. Der Mangel an Fachkräften hat 2022 einen Höchst-

stand erreicht – rund 630.000 Stellen konnten nicht besetzt werden. Im selben Jahr waren durchschnittlich fast 2,5 Millionen Menschen hierzulande arbeitslos gemeldet. Das

scheint sich zu widersprechen: Wie kann es zu wenige Fachkräfte geben, wenn immer noch viele Menschen einen Job suchen?

Ein Hauptgrund ist die Qualifizierung: Oft passt das, was die Arbeitssuchenden können, nicht zu dem, was die Unternehmen brauchen.

Bei Stellen für Geringqualifizierte ist das dagegen selten ein Problem. Jene Arbeitsplätze können Unternehmen leicht mit Menschen besetzen, die keine oder wenig Erfahrung haben. Anders als bei Fachkräften – gemeint sind Personen, die in der Regel eine mindestens zweijährige Berufsausbildung abgeschlossen haben – und Hochqualifizierten können die Unternehmen nahezu alle Helferstellen besetzen (Grafik):

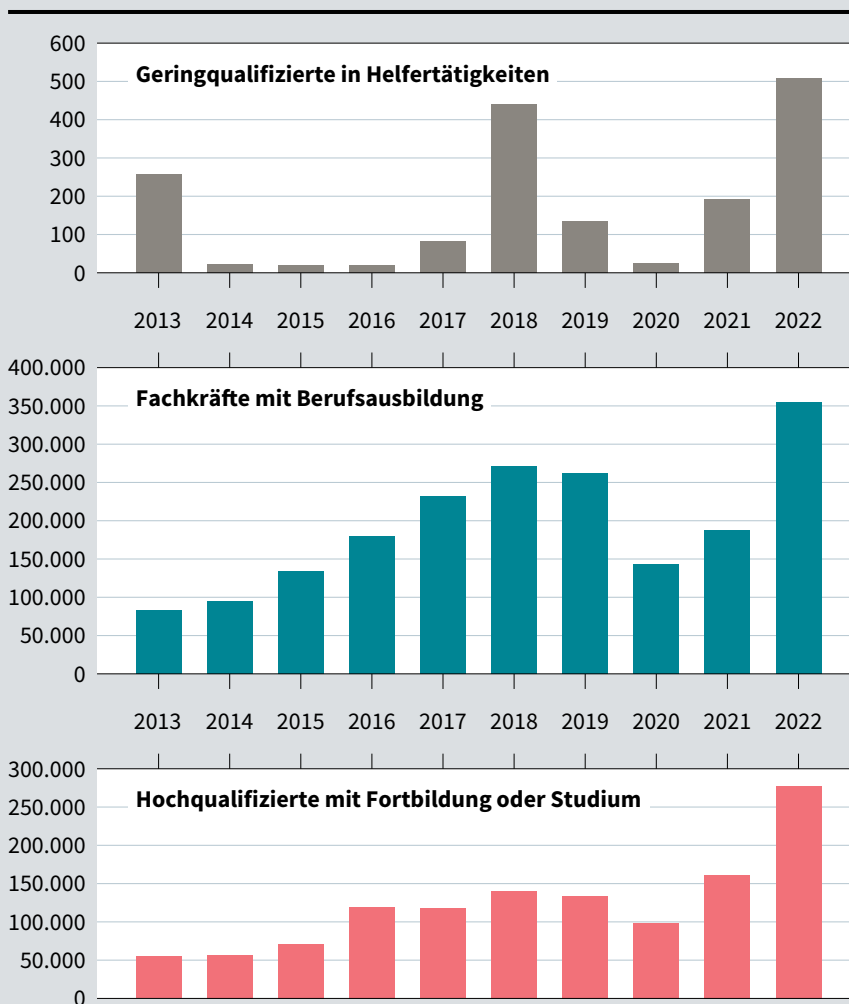
Während in Helfertätigkeiten im Jahr 2022 bundesweit nur rund 500 Stellen unbesetzt waren, fehlten zur selben Zeit 355.000 Fachkräfte mit Berufsausbildung.

Wo eine Ausbildung oder ein Studium benötigt werden, sind Stellen schwieriger zu besetzen. Denn: Hier ist ein kurzfristiges Anlernen unmöglich, wenn nicht entsprechende Abschlüsse oder Berufserfahrung vorliegen.

Langfristig kann eine gezielte Qualifizierung aber dazu beitragen, die Fachkräftelücke zu verkleinern. Vor allem in der Gruppe der arbeitslosen Helfer schlummert Potenzial. Ihre Zahl ist in den vergangenen zehn Jahren um 2 Prozent gestiegen – trotz knapp 1,4 Millionen zusätzlich

Fachkräftelücke: Eine Frage des Qualifikationsniveaus

in Deutschland



Fachkräftelücke: Zahl der offenen Stellen, für die es deutschlandweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

entstandener Arbeitsplätze für Helfertätigkeiten im selben Zeitraum.

Gleichzeitig gibt es zu 64 Fachkraftberufen einen passenden Beruf für Helfer, die die Fachkräfte bei der Ausübung ihrer Tätigkeit unterstützen – unter anderem im Metallbau und in der Elektrotechnik. Jene Helfer eignen sich besonders gut für eine Weiterbildung zur Fachkraft, da sie sich bestenfalls für das jeweilige Berufsfeld interessieren und erste Erfahrungen in diesem Bereich mitbringen.

In 16 dieser 64 Fachkraftberufe ist sowohl der Mangel an ausgebildeten Fachkräften als auch die Zahl der arbeitslosen Helfer, für die es nicht genügend passende Stellen gibt, besonders groß. Hier ließe sich die Fachkräftelücke durch eine Qualifizierung der An- und Ungelernten teils deutlich reduzieren und in einigen Berufen sogar schließen (Grafik):

Würden 15 Prozent der arbeitslosen Helfer in der Metallbearbeitung, für die es deutschlandweit keine passenden offenen Stellen gibt, für eine Tätigkeit als Fachkraft qualifiziert werden, gäbe es in diesem Beruf keine Fachkräftelücke mehr.

Gleiches gilt für den Einzelhandel, die Lagerwirtschaft, für Maler- und Lackiererberufe und für Köchinnen und Köche. In anderen Berufen wie der Elektrotechnik ließe sich die Fachkräftelücke um rund 42 Prozent mindern, würden 15 Prozent der arbeitslosen Helfer für eine Tätigkeit als Fachkraft qualifiziert werden. In der Altenpflege dagegen ist die Fachkräftelücke mit rund 18.000 nicht zu besetzenden Stellen aktuell so hoch, dass selbst die Qualifizierung aller arbeitslosen Helfer nicht ausreichen würde, um den Bedarf zu decken. Das Gleiche gilt für die Gesundheits- und Krankenpflege.

Und zu aller Theorie kommen noch praktische Probleme hinzu.

Vom Helfer zur Fachkraft: Qualifizierung könnte Fachkräftelücke verkleinern

Um so viel Prozent ließe sich die Fachkräftelücke in diesen Berufsgruppen reduzieren, wenn 15 Prozent der arbeitslosen Helfer dieser Berufsgruppe, für die es deutschlandweit keine passenden offenen Stellen gibt, für eine Tätigkeit als Fachkraft qualifiziert würden

	Fachkräftelücke	Arbeitslosenüberhang bei Helfern
Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	100,0	131.054
Lagerwirtschaft	100,0	147.028
Berufe für Maler- und Lackierarbeiten	100,0	11.720
Köche	100,0	78.994
Metallbearbeitung	100,0	16.162
Hotelservice	88,8	11.862
Lebensmittelherstellung	82,7	6.686
Gastronomieservice	61,7	17.728
Elektrotechnik	41,8	6.824
Verkauf von Lebensmitteln	40,7	2.864
Kunststoff- und Kautschukherstellung	33,2	3.665
Tiefbau	25,0	3.700
Altenpflege	12,6	15.110
Metallbau	9,5	4.198
Gesundheits- und Krankenpflege	2,1	2.377
Maschinenbau- und Betriebstechnik	1,7	1.104

Fachkraft: erfordert typischerweise eine mindestens zweijährige Berufsausbildung;
 Berufsauswahl: Berufsgruppen, die 2022 im Durchschnitt eine Fachkräftelücke und einen Arbeitslosenüberhang bei Helfern von mindestens 1.000 hatten;
 Fachkräftelücke: Zahl der offenen Stellen, für die es deutschlandweit keine passend qualifizierten Arbeitslosen gibt, Jahresdurchschnitt 2022;
 Arbeitslosenüberhang: Zahl der Arbeitslosen, für die es deutschlandweit keine passenden offenen Stellen gibt, Jahresdurchschnitt 2022

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



Wohnortfragen, die finanzielle Situation oder fehlendes Selbstvertrauen können den Schritt zur Weiterqualifikation erschweren. Daher ist es wichtig, auf die persönlichen Bedürfnisse arbeitsloser Helfer einzugehen und mit ihnen gemeinsam passende Weiterbildungsmöglichkeiten zu erörtern. Nicht immer ist eine zwei- oder dreijährige Berufsausbildung der richtige Weg. Auch Teilqualifikationen, mit denen Helfer anspruchsvollere Aufgaben übernehmen können, entlasten den Arbeitsmarkt. Firmen sollten diese Optionen in Betracht ziehen und nach Möglichkeit nutzen, um vakante Stellen dauerhaft zu besetzen.

Darüber hinaus könnte die Bürgergeldreform diesen Prozess unterstützen. Die Politik setzt nämlich nun stärker auf Weiterbildung beziehungsweise das Erlangen von Berufsabschlüssen für Arbeitssuchende und weniger auf die Vermittlung in Hilfsjobs.

IW-Kurzbericht 47/2023
 Alexander Burstedde, Gero Kunath, Dirk Werner: Fachkräftemangel trotz Arbeitslosigkeit – kein Widerspruch
iwkoeln.de/fachkraefte-arbeitslose

Gutachten
 Sabine Köhne-Finster, Susanne Seyda, Jurek Tiedemann: Helfer:innen als Potenzial zur Fachkräftesicherung, KOFA-Studie 04/2023
iwkoeln.de/fachkraefte-helfer

„Dass wir selbst ausbilden, rettet uns“

Interview. Bei Gabler Naval, einem führenden Anbieter für Marinetchnik mit Sitz in Lübeck, sind fast alle Stellen besetzt. Welche Rolle Werte, die Betriebskantine, Tarifverträge und der Nachwuchs bei der Fachkräftesicherung spielen, weiß **Thomas Godknecht**, Leiter der Berufsausbildung des Unternehmens.

Sie suchen aktuell lediglich zwei Praktikanten und nur zwei Lehrstellen sind vakant. Ist der Fachkräftemangel bei Ihnen gar kein Thema?

Doch, der Fachkräftemangel ist ein Thema. Wir sind allerdings eine relativ kleine Firma mit 130 Beschäftigten und einer nicht besonders hohen Fluktuation, deshalb suchen wir momentan wirklich nur diese vier Leute. Wenn unsere Tochterfirma Gabler Thermoform, die sich auch hier an unserem Standort befindet und 60 Beschäftigte hat, beispielsweise einen Elektroniker sucht, gestaltet sich das schon schwierig.

Welche Qualifikation haben die 130 Mitarbeiter Ihres Betriebs?

Fast alle unserer Mitarbeiter sind Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Hochschulabsolventen, darunter viele Ingenieure.

Wenn Sie neue Mitarbeiter suchen, wie finden Sie die?

Wir veröffentlichen unsere Stellenanzeigen meist online, zum Beispiel auf Stepstone, auf unserer eigenen Homepage, innerhalb des Possehl-Konzerns oder auch bei der Arbeitsagentur. Eine wichtige Rolle spielt auch das interne Netzwerk. Inserate in Printmedien schalten wir dagegen selten.

Sie haben die geringe Fluktuation bereits angesprochen: Wie lange sind denn Mitarbeiter bei Ihnen im Schnitt beschäftigt?

Unsere Beschäftigten sind im Durchschnitt rund 16 Jahre bei uns, darauf sind wir auch stolz. Ich selbst bin seit 2000 an Bord und ich kenne ganz viele Kollegen, die schon genauso lange hier sind. Wenn hier einer geht, fällt das sofort auf.

Warum bleiben die Mitarbeiter in Ihrer Firma verhältnismäßig lange im Unternehmen?

Die Rahmenbedingungen bei uns sind gut: Wir sind tarifgebunden, es

gibt viele Möglichkeiten, flexibel zu arbeiten, es herrscht ein freundliches, mitunter familiäres Miteinander, wir sind alle per Du – das alles ergibt ein angenehmes Arbeitsklima. Außerdem werden hier Werte wie Fairness und Antirassismus vertreten, die nicht nur in die Belegschaft kommuniziert, sondern auch von den Vorgesetzten vorgelebt sowie vom Betriebsrat unterstützt werden, was ebenfalls zu einer guten Atmosphäre beiträgt.

Hinzu kommt das Thema Qualifizierung: Es gibt bei uns ein Verfahren, in dem jeder Mitarbeiter seinen Wunsch nach Weiterbildung äußern kann. Diese Wünsche werden gesammelt und dann wird turnusgemäß entschieden, welche realisiert werden können und welche nicht.

Wie wichtig ist Ihren Mitarbeitern die betriebseigene Kantine?

Die ist wieder wichtiger geworden, nachdem wir den Anbieter



Foto: privat

gewechselt haben. Allerdings wird sie nur von einer Minderheit genutzt: Von den 180 Beschäftigten hier am Standort in Lübeck gehen etwa 40 regelmäßig dort essen. Viele versorgen sich auch selbst in einer der Pantryküchen, die es an etlichen Orten im Betrieb gibt, und verbringen dann die Pause gemeinsam mit den Kollegen.

Ihr Unternehmen bildet in verschiedenen Berufen aus: Zerspanungsmechaniker, Produktdesigner, Industriemechaniker, IT-Systemelektroniker, Elektroniker, Fachkraft für Lagerlogistik und Industriekaufleute. Welche Anforderungen stellen Sie an die Azubis?

Wir fragen im Vorstellungsgespräch schon ein wenig Allgemeinbildung ab, auch die Mathenote, Teamfähigkeit und Hobbys sowie ein Ehrenamt sind relevant. Außerdem klopfen wir die Einstellung zum Produkt ab, schließlich gibt es ja

möglicherweise ethische Bedenken, etwas herzustellen, das bei einem Krieg zum Einsatz kommen könnte.

Haben alle Ihre Azubis Abitur?

Die Art des Schulabschlusses ist für uns nicht so wichtig. Wir stellen sowohl Abiturienten, Realschüler als auch ESA-Absolventen – also das, was früher der Hauptschulabschluss war – als Azubis ein. Wenn Abiturienten, die bei uns erfolgreich eine Ausbildung absolviert haben, dann noch studieren möchten, versuchen wir, diese Kräfte über ein duales Studium oder ein Online-Studium bei uns zu halten. Außerdem absolviert gerade einer unserer Azubis ein Studile, das ist eine Berufsausbildung plus Maschinenbaustudium an der TH Lübeck.

Werden bei Ihnen alle Azubis nach bestandener Abschlussprüfung übernommen?

Ja, das ist ja auch im Tarifvertrag der Metall- und Elektro-Industrie im

Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten vorgesehen. Und das nehmen alle unsere Auszubildenden sehr gerne wahr.

Sie bilden also Ihren Nachwuchs überwiegend selbst aus.

Genau, das ist die Quintessenz und das ist auch etwas, was uns ein Stück weit rettet angesichts der Fachkräftengpässe.

Haben Sie dennoch einen Wunsch, wie die Politik Sie bei Ihrer Arbeit unterstützen kann?

Bei der Diskussion um den Fachkräftemangel würde ich mir wünschen, dass mehr differenziert wird, um welche Fachkräfte es gerade geht. Wenn man beispielsweise fordert, dass mehr Teilzeitkräfte Vollzeit arbeiten sollen, um den Fachkräftemangel zu lindern, funktioniert das mitunter nur, wenn die Kinderbetreuung ausgedehnt werden kann. Der Erzieherberuf ist allerdings nicht sonderlich attraktiv, auch dort gibt es bereits einen Fachkräftengpass. Eine einfache Lösung gibt es also für das Fachkräfteproblem nicht.

Und wie sieht es auf Landesebene aus?

Von der Landespolitik wünsche ich mir ebenfalls einen differenzierten Blick auf die einzelnen Problemfelder: Es gibt den Vorschlag des schleswig-holsteinischen Instituts für Berufsbildung, die Produktdesigner, die wir ja auch ausbilden, im zweiten und dritten Lehrjahr zur Berufsschule nach Meldorf zu schicken, weil die Lehrer dort aufgrund der zurückgegangenen Azubizahlen nicht mehr ausgelastet sind. Das ist 130 Kilometer weit entfernt von Lübeck, wo unsere Azubis zurzeit noch zur Berufsschule gehen. Wenn das umgesetzt wird und unsere jungen Leute regelmäßig von der Ost- an die Nordsee fahren müssen, macht das die Ausbildung nicht unbedingt attraktiver.

Von De-Risking keine Spur

China. Die Bundesregierung setzt im Umgang mit dem Wirtschaftspartner China künftig auf Diversifizierung und De-Risking. Bisher ist das Gegenteil der Fall: Das Handelsbilanzdefizit gegenüber Peking ist so groß wie nie zuvor und die kritischen Abhängigkeiten von relevanten Rohstoffen sind zuletzt weiter gestiegen.

Als die Bundesregierung Mitte Juli ihre China-Strategie vorlegte, war die Erleichterung groß: Schließlich analysiert das Paper auf 64 Seiten bemerkenswert offene Probleme und Risiken im Umgang mit Peking. So werden beispielsweise die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen angesprochen, das heikle Verhältnis Chinas zu Taiwan sowie die Tatsache, dass China seine Wirtschaftskraft

gezielt einsetzt, um politische Ziele zu erreichen.

All dies vor Augen fordert die China-Strategie, dass die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China „fairer, nachhaltiger und reziproker“ werden müssten. Der Weg dorthin soll nicht über eine Entkopplung beschränkt werden, sondern durch eine Minimierung von Risiken – das sogenannte

De-Risking. Um das zu erreichen, braucht es diversifizierte Lieferketten und zügig neue Handelsabkommen mit anderen Ländern. So sollen etwa die Wirtschaftsbeziehungen mit afrikanischen Partnern intensiviert und Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten sowie Mexiko, Chile, Kenia, Australien, Neuseeland, Indien, Indonesien und Thailand rasch finalisiert werden.

Ein Blick auf Ein- und Ausfuhren des vergangenen Jahres zeigt, wie dringend notwendig eine neue China-Strategie ist. Denn im Jahr 2022 hat weder eine Diversifizierung der Bezugsquellen noch ein De-Risking in größerem Umfang stattgefunden, wie eine vom IW erstellte Analyse der deutschen Außenhandelsstatistik zeigt. Die Ausfuhren nach China wuchsen im vergangenen Jahr nur um 3,2 Prozent – obwohl die Ausfuhren in alle Länder um rund 14 Prozent zulegten. Die Einfuhren aus China dagegen legten um 34 Prozent zu, während die Importe insgesamt nur um 24 Prozent wuchsen. Dies führte dazu, dass die Bundesrepublik im Handel mit China das größte Defizit aller Zeiten verbuchte:

Im Jahr 2022 ist das deutsche Handelsbilanzdefizit gegenüber China auf rund 84 Milliarden Euro gestiegen.

Das ist zwar zu einem guten Teil einem Sondereffekt geschuldet. So ist der Wert deutscher Einfuhren von chemischen Erzeugnissen aus China

Importe aus China: Chemikalien und Elektroprodukte stärker nachgefragt

Veränderung des ... der gesamten Einfuhren aus China im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr



	... Werts	... Volumens
in Prozent	34,1	8,2
in Milliarden Euro/in Millionen Tonnen	191,8	16,0
So viel Prozent dieses Zuwachses entfielen auf die folgenden Produktgruppen		
Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	33,4	7,2
Elektronische Bauelemente	13,9	29,9
Akkumulatoren und Batterien	7,6	8,8
Sonstige Waren	6,5	-4,2
Sonstige elektronische Ausrüstungen und Geräte	4,4	1,2
Geräte der Unterhaltungselektronik	2,7	0,6
Schuhe	2,4	3,5
Sonstige Oberbekleidung	2,2	1,6
Andere Metallwaren	1,9	0,2
Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren, Teile	1,8	3,6

Produktgruppen: die zehn Gruppen, die am stärksten zum Zuwachs des Importwerts/-volumens beigetragen haben

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2023 IW Medien / iwd

iwd

im Jahr 2022 um 285 Prozent gewachsen. Ohne diese Entwicklung hätten die gesamten deutschen Einfuhren aus China „nur“ um 21,5 Prozent zugelegt. Ihr Wachstum wäre damit sogar etwas niedriger ausgefallen als das der Gesamteinfuhren. Doch darüber hinaus gab es viele weitere Produktgruppen, in denen der Importzuwachs über dem Durchschnitt lag. Oft trugen aber auch Preiserhöhungen zum starken Anstieg der Importwerte bei.

Welche Produkte haben deutsche Unternehmen im vergangenen Jahr konkret deutlich stärker in China eingekauft (Grafik Seite 6)?

Die größten anteiligen Beiträge zum gesamten Importzuwachs von 34 Prozent lieferten die sonstigen organischen Grundstoffe und Chemikalien mit rund 33 Prozent, gefolgt von elektronischen Bauelementen (14 Prozent) sowie Akkus und Batterien (8 Prozent).

Auch Geräte der Unterhaltungselektronik, sonstige elektrische Ausrüstungen wie Datenverarbeitungsgeräte und elektronische und optische Erzeugnisse sowie Oberbekleidung „made in China“ leisteten relativ hohe Beiträge.

Unter wirtschaftspolitischen Aspekten ist vor allem relevant, wie sich die Einfuhr von Waren entwickelt hat, bei denen eine sehr hohe Abhängigkeit von China besteht – denn hier wäre schließlich das von der Bundesregierung angemahnte De-Risking angesagt. Die Bilanz ist ernüchternd: So gibt es 298 Produktgruppen, in denen der Einfuhranteil Chinas an allen deutschen Einfuhren im Jahr 2021 mehr als 50 Prozent ausmachte und die Importwerte im Jahr 2022 die 10-Millionen-Euro-Schwelle überstiegen. In 211 dieser Produktgruppen sind die Anteile Chinas im Jahr 2022 weiter gestiegen – also in mehr als 70 Prozent der Fälle.

Waren aus China: Große Abhängigkeiten

So viel Prozent der deutschen Einfuhren an diesen Gütern im Jahr 2022 entfielen auf China



- Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten
- Einfuhrwert 2022 in Millionen Euro

Dichlortrifluorethane	100,0	→ 0	12,4
Malonylharnstoff (Barbitursäure) und Salze	99,7	→ 0	11,9
Phosphinate und Phosphonate	91,6	↗ 7,0	71,4
Radios mit Uhr	89,7	↗ 8,2	33,2
Toaster	89,6	↗ 12,5	67,6
Koffein- und Koffein-Salze	89,1	↗ 6,1	74,4
Rollschuhe einschl. Stiefel	87,7	↗ 6,1	51,7
Tragbare Computer	86,9	↗ 3,0	11.997,2
Dauermagnete aus Metall	86,6	↗ 6,1	716,0
Elektrowecker	86,0	↗ 18,3	26,9
Eisen oder nicht legierter Stahl in anderen Rohformen	85,4	↗ 10,9	15,3
Vitamin C und Vitamin-C-Derivate	83,9	↗ 7,4	104,1
Elektrische Heizdecken	83,9	↗ 14,4	15,9
Tastaturen für Ein- oder Ausgabeeinheiten	82,3	↗ 17,7	382,5
Magnesium in Rohform, Magnesium	81,5	↗ 22,6	87,2

Seltene Erden sowie Produkte mit seltenen Erden

Zink-Kohle-Trockenbatterien, Spannung 5,5–6,5 Volt	98,6	↘ -0,5	8,1
Phenyllessigsäure und ihre Salze	97,4	↗ 3,5	1,4
Cer, Lanthan, Praseodym, Neodym, Samarium	96,5	↗ 6,9	0,8
Octan-2-ol	94,6	↗ 3,6	1,9
Germanium in Rohform, Pulver aus Germanium	92,6	↗ 10,5	3,3

Produkte: Auswahl

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Bei Toastern und elektrischen Heizdecken mag das egal sein, diese Waren können – wenn auch nicht unbedingt zum selben Preis – auch aus anderen Ländern importiert werden oder sind längere Zeit verzichtbar. Doch bei Rohstoffen und Produkten, die beispielsweise für die Energiewende nötig sind, existieren vielfach kritische Abhängigkeiten (Grafik):

Eine Reihe seltener Erden sowie andere wichtige Vorprodukte für die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Deutschland stammten im Jahr 2022 zu mehr als 90 Prozent aus China.

Erstaunlich ist, dass sich bei einer Vielzahl dieser Güter die Abhängigkeit von China im vergangenen Jahr sogar noch weiter erhöht hat.

Deutsche Unternehmen, die aufgrund ihrer Exporttätigkeiten oder gar eigener Werke vor Ort einen starken China-Bezug haben, spricht die Bundesregierung in ihrem Strategiepapier ebenfalls an: Sie mahnt zur sorgfältigen Risikoanalyse und kündigt an, sich darüber mit wichtigen Unternehmen vertraulich auszutauschen. Zudem macht sie eine klare Ansage: Im Fall einer geopolitischen Krise sollen die Firmen die drohenden Verluste allein tragen – und nicht auf die Rettung mithilfe von Steuergeldern hoffen.

IW-Report 34/2023

Jürgen Matthes: Wie ist der starke Importanstieg aus China im Jahr 2022 zu erklären und wie haben sich die Importabhängigkeiten entwickelt?

[iwkoeln.de/importabhaengigkeiten](https://www.iwkoeln.de/importabhaengigkeiten)

Mit gutem Gewissen einkaufen

Konsum. Verbraucher in Deutschland gaben im Jahr 2022 mehr als 2 Milliarden Euro für fair gehandelte Produkte aus. Rund 80 Prozent davon entfielen auf Lebensmittel. Gleichwohl ist der Anteil fairer Waren am Lebensmittelumsatz insgesamt immer noch gering.

Eine x-beliebige Jeans im nächsten Kaufhaus erstehen oder bei einem der großen Online-Händler bestellen, ist die eine Option. Die andere ist, darauf zu achten, dass die Baumwollpflücker, Färber und Näherinnen im globalen Süden anständig bezahlt und weitere Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette bis zum Verkauf in Deutschland eingehalten werden. Am Ende dieses Prozesses steht ein faires Produkt, eine Vorzeigjeans sozusagen.

Was vor 50 Jahren mit dem ersten Weltladen in Deutschland begann, ist mittlerweile ein Milliardengeschäft (Grafik):

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland knapp 2,2 Milliarden Euro mit fairen Produkten umgesetzt, das waren fast 12 Prozent mehr als 2021.

Den meisten Umsatz generierten im vergangenen Jahr mit 1,77 Milliarden Euro Fairtrade-gesiegelte Produkte. Deutlich höher als im Jahr 2021 war die Nachfrage nach Fairtrade-Röstkaffee (plus 30 Prozent), -Eiscreme (plus 26 Prozent) und -Bananen (plus 20 Prozent). Stark eingebrochen ist dagegen der Verkauf von fairen Schnittblumen (minus 25 Prozent).

Das Kaffee-Wachstum führt der Branchenverband Forum Fairer Handel auf einen höheren Umsatz-

anteil in der Gastronomie zurück, die nach der Coronakrise wieder floriert. Unterm Strich ist der Marktanteil von fair gehandeltem Kaffee am gesamten Kaffeemarkt im vergangenen Jahr allerdings leicht gesunken: Von den knapp 480.000 Tonnen Röstkaffee, die hierzulande 2022 abgesetzt wurden, waren nahezu 27.000 Tonnen fairer Kaffee – das entspricht einem Anteil von 5,6 Prozent.

Die Fair-Handels-Unternehmen, die ausschließlich fair gehandelte Produkte verkaufen und von denen das größte unter ihnen „GEPA – The Fair Trade Company“ ist, erzielten 2022 einen Umsatz von 229 Millionen Euro. Ihr Anteil am Gesamtumsatz des fairen Handels in Deutschland beläuft sich damit auf knapp 10 Prozent. Die Weltläden und Weltgruppen, die von den Handelsunternehmen in Deutschland das breiteste Sortiment an fair gehandelten Produkten bieten, erreichten 2022 einen Gesamtumsatz von 77 Millionen Euro.

Im Schnitt gaben Verbraucher in Deutschland im vergangenen Jahr 25,83 Euro für faire Lebensmittel, Textilien und Handwerksprodukte aus. Eine fair gehandelte Jeans bekommt man dafür nicht. Das ist, wie eine Verbraucherbefragung aus dem Juni zeigt, auch die Hauptursache für die Kaufzurückhaltung bei fair gehandelten Produkten: Für rund 42 Prozent der Konsumenten ist der höhere Preis von fairen Produkten der Hauptgrund, sie nicht in den Einkaufskorb zu legen.

Fairer Handel: Kaffee, Kleidung, Kakao

So viel Prozent des Umsatzes mit Produkten aus fairem Handel in Deutschland im Jahr 2022 entfielen auf ...



Dem grünen Strom hinterher?

Transformation. Damit Deutschland seine langfristigen Klimaziele erreicht, müssen die erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden. Inwieweit grüner Strom für die Unternehmen im Land ein zentraler Standortfaktor ist und ob sie für eine gesicherte Versorgung sogar einen Umzug in Betracht ziehen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht.

Bis 2045 will Deutschland klimaneutral sein. Eines ist klar: Ohne die erneuerbaren Energien im Land massiv auszubauen, wird das Ziel nicht zu erreichen sein. Die Abkehr von fossilen Rohstoffen bietet neben den klimatischen Effekten weitere Vorteile. So sinkt durch mehr selbst erzeugten grünen Strom die Abhängigkeit von anderen Staaten. Außerdem ist erneuerbare Energie kosten-

günstiger zu produzieren als fossile, was der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb zugute kommt.

Das IW hat daher in einer Studie – gemeinsam mit EPICO Klimainnovation und der Stiftung KlimaWirtschaft – untersucht, welchen Einfluss der Ausbau erneuerbarer Energien auf die Wahl des Unternehmensstandorts haben kann.

Zunächst identifizierten die Forscher jene Branchen, die den größten Energiebedarf haben. Sie werden den ökologischen Wandel am stärksten spüren und müssen sich am meisten verändern. In Deutschland stechen die energieintensiven Grundstoffbranchen heraus:

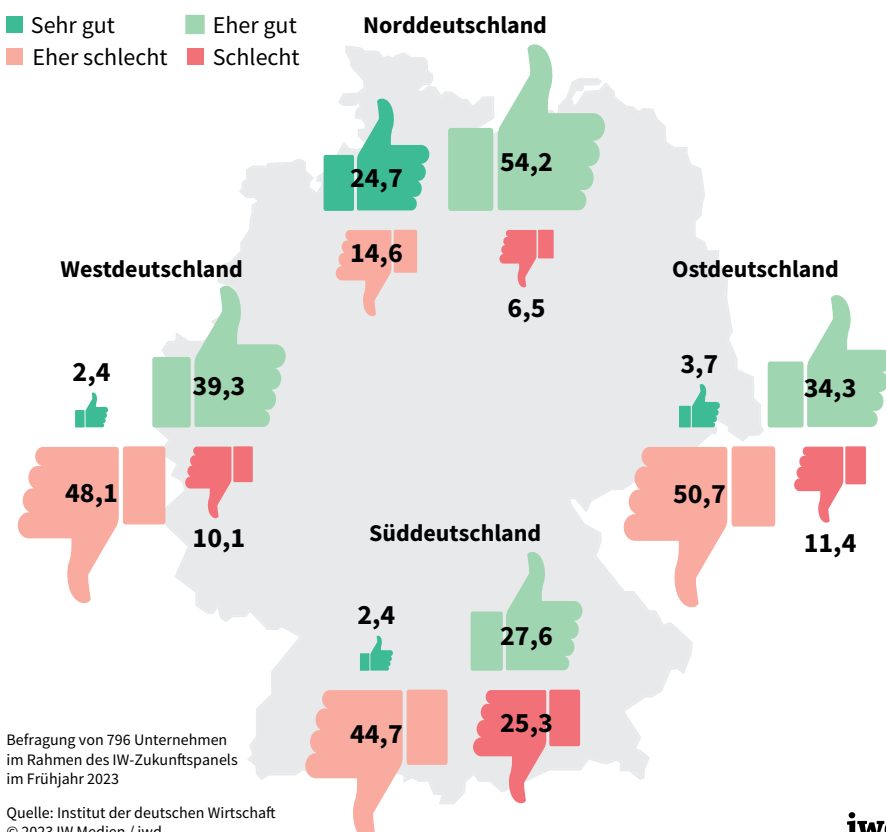
Das Erzeugen und Verarbeiten von Metallen, von chemischen Produkten sowie von Glas, Steinen und Erden ist sehr energieintensiv.

Die relativ gesehen meiste Energie benötigt die Zement-, Kalk- und Gipsbranche – mehr als 10 Prozent beträgt der Energieverbrauch gemessen an der Bruttowertschöpfung der Branche. Die Hersteller von Chemiefasern, von keramischen Baumaterialien und von Roheisen und Stahl kommen auf einen Anteil zwischen 8,5 und 8,8 Prozent. Aber auch andere Branchen wie die Papierindustrie stehen angesichts ihrer energieintensiven Produktion vor großen Herausforderungen.

Vor dem Hintergrund des ökologischen Wandels ist davon auszugehen, dass der Standortfaktor erneuerbare Energie für die Betriebe eine immer größere Rolle spielen wird. Doch was genau planen die Unternehmen mit Blick auf die Standortfrage und die ökologische Wende? Das hat das IW mithilfe seines Zukunftspanels im Frühjahr 2023 ermittelt:

Erneuerbare Energien: Hoffen auf den Norden

So bewerten die Unternehmen in Deutschland die Bedeutung dieser Regionen mittelfristig für die eigene klimaneutrale Energieversorgung, entweder über direkten Bezug oder entsprechende Leitungsinfrastruktur



Gut 34 Prozent der befragten Firmen haben bereits genau geplant, wie sie bis 2045 klimaneutral werden wollen. Knapp ein Viertel will damit aber erst nach 2030 starten.

Fast sechs von zehn Unternehmen gehen davon aus, das eigene Geschäftsmodell erst nach dem Jahr 2030 vollständig an die Klimaziele anpassen zu können. Erwartungsgemäß sind Firmen aus dem Dienstleistungssektor schon weiter als die Industrie, die zum Teil ganze Fertigungs- und Arbeitsprozesse aufwendig umstellen muss.

Gerade für die energieintensiven Branchen spielt bei der Transformation die Versorgung mit günstiger Energie eine zentrale Rolle. Unter dieser Prämisse ist es interessant zu betrachten, in welchen Regionen des Landes die Firmen die besten Chancen dafür sehen (Grafik Seite 9):

Knapp 79 Prozent der Unternehmen bewerten Norddeutsch-

land als gut bis sehr gut mit Blick auf die Frage, ob die eigene mittelfristige klimaneutrale Energieversorgung von dort – über die direkte Erzeugung vor Ort oder den Bezug über Leitungs- und Importinfrastrukturen – sichergestellt ist.

Deutlich schlechter sehen die Firmen die Situation in Süddeutschland – lediglich 30 Prozent meinen, die Region sei bezüglich grüner Energie auf lange Sicht gut aufgestellt und könnte das eigene Unternehmen beliefern.

Das hat Folgen: Mehr als 47 Prozent der Firmen rechnen damit, dass zumindest einige wenige ihrer Lieferanten von energieintensiven Produkten den Firmensitz innerhalb der Bundesrepublik verlagern könnten. Knapp 14 Prozent sagen einen entsprechenden Umzug sogar für viele oder sogar all ihre energieintensiven Zulieferbetriebe voraus.

Mit Blick auf solche Lieferanten, die mit weniger Energie auskommen,

erwartet gut ein Drittel der befragten Firmen, dass diese Zulieferer den Standort innerhalb der Landesgrenzen verlagern.

Dass es Geschäftspartner ins inner- oder sogar außereuropäische Ausland zieht, ist aus Sicht der Unternehmen allerdings noch wahrscheinlicher als der Umzug innerhalb Deutschlands (Grafik):

27 Prozent der Unternehmen rechnen damit, dass viele oder alle ihrer energieintensiven Zulieferer Standorte ins EU-Ausland verlegen. 24 Prozent gehen sogar von einem Wechsel in andere Regionen der Welt aus.

In geringerem Maß erwarten die Firmen entsprechende Abwanderungen auch von ihren weniger energieintensiven Lieferanten: Jede siebte Firma geht von Verlagerungen im großen Stil innerhalb der EU aus; gut jede achte rechnet mit weltweiten Umzügen. Standortwechsel anderer Betriebe der eigenen Branche halten allerdings nur 6 Prozent der Unternehmen für wahrscheinlich.

Über den Faktor Energieversorgung hinaus gibt es natürlich noch weitere Aspekte, die darüber entscheiden, wie attraktiv eine Region innerhalb Deutschlands für Unternehmen ist. So gaben mehr als 87 Prozent der Betriebe in einer IW-Befragung vom Frühjahr 2023 an, dass für sie die Verfügbarkeit von Fachkräften wichtig ist. Ebenfalls einen hohen Stellenwert hat eine gute Transportinfrastruktur, die sechs von zehn Unternehmen als sehr relevant empfinden. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung einer guten digitalen Infrastruktur.

Da diese Faktoren in der Regel zusammengenommen beeinflussen, wo sich Unternehmen ansiedeln, haben die IW-Forscher einen Index entwickelt, um den Status quo in den deutschen Bundesländern zu ermitteln (Grafik Seite 11):

Standort: Starke Abwanderung befürchtet

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten, dass viele oder fast alle deutschen Firmen aus diesen Bereichen ihren Standort aufgrund der woanders besseren Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien ... verlagern

	... innerhalb Deutschlands	... innerhalb Europas	... in Länder außerhalb Europas
Lieferanten energieintensiver Vorprodukte ihres Unternehmens	13,5	27,3	24,0
Andere Lieferanten ihres Unternehmens	4,2	14,0	13,3
Eigene Branche	2,4	6,0	4,5
Energieversorger ihres Unternehmens	7,2	8,1	5,8

Befragung von 864 Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels im Frühjahr 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Standortqualität: Hamburg hat die Nase vorn

Das IW hat die vier branchenübergreifenden Standortfaktoren „Verfügbarkeit erneuerbare Energie vor Ort, Verfügbarkeit geeignete Fachkräfte, Anschluss an Hochgeschwindigkeits-Breitband und Anschluss an Verkehrsinfrastrukturen“ untersucht und jeweils mit einem Index von 0 bis 100 bewertet

	Erneuerbare Energien	Fachkräfte	Digitalisierung	Verkehrsinfrastruktur	Insgesamt
1 Hamburg	32,7	61,1	83,1	70,4	61,8
2 Nordrhein-Westfalen	68,1	71,7	54,3	46,4	60,1
3 Berlin	32,5	70,5	58,1	68,3	57,3
4 Bayern	62,8	61,4	51,1	48,6	56,0
5 Niedersachsen	79,3	49,4	59,7	34,3	55,7
6 Schleswig-Holstein	60,3	40,1	74,0	47,0	55,4
7 Bremen	33,0	42,4	54,5	72,7	50,7
8 Brandenburg	66,6	41,0	49,2	37,9	48,7
9 Baden-Württemberg	48,6	61,0	46,1	36,1	47,9
10 Hessen	45,5	53,1	47,0	40,5	46,5
11 Sachsen-Anhalt	54,4	40,1	33,7	55,4	45,9
12 Mecklenburg-Vorpommern	48,1	37,0	53,4	41,9	45,1
13 Rheinland-Pfalz	51,6	43,9	38,1	44,0	44,4
14 Sachsen	39,9	47,0	32,8	53,6	43,3
15 Saarland	34,8	40,3	39,0	52,2	41,6
16 Thüringen	40,8	40,1	25,9	50,7	39,4

Fachkräfte: gezielte Betrachtung der für die Energiewende wichtigen Bau-, Ausbau- und fertigungstechnischen Berufe

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bundesnetzagentur, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Hamburg hat derzeit die besten Standortbedingungen, gefolgt von Nordrhein-Westfalen.

Der Index offenbart ein starkes West-Ost-Gefälle. Brandenburg belegt in der Gesamtbetrachtung als bestes Bundesland aus dem Osten der Republik – Berlin außen vor gelassen – lediglich den achten Platz.

Beim Blick auf den Faktor erneuerbare Energien sind die Bedingungen in Niedersachsen besonders gut, neben den Stadtstaaten schneiden Sachsen, Thüringen und das Saarland hier schlecht ab.

Unterm Strich zeigt die IW-Studie, dass viele Faktoren, nicht zuletzt aber die Energieversorgung – vor allem mit Blick auf die nationalen und internationalen Klimaziele – für künftige Standortentscheidungen eine wichtige Rolle spielen. Da energieintensive Produzenten dem günstigen grünen Strom hinterher-

ziehen könnten, besteht dringender Handlungsbedarf für die deutsche Standortpolitik:

Erneuerbare Energien stärken.

Ein konsequenter und schneller Ausbau ist dringend nötig. Dies betrifft auch die zugehörigen Leitungs-, Speicher- und Importinfrastrukturen, unter anderem für Wasserstoff. Vor allem im Süden Deutschlands muss mehr getan werden, um die bestehenden Industriestandorte nachhaltig mit Energie zu versorgen.

Transformation vorantreiben.

Die Politik kann die Firmen bei ihrem Wandel unterstützen, etwa indem sie beispielsweise die Stromsteuer senkt. Außerdem ist der Abbau von bürokratischen Hürden und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für neue Anlagen sowie nötige Umbauten von Maschinen und Hallen ein zentraler Ansatz-

punkt. Dadurch können Firmen zudem animiert werden, ihren Strom ganz oder zum Teil selbst zu produzieren, effizienter zu nutzen oder vorzuhalten.

Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Das Straßennetz, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die digitale Infrastruktur sind neben der Energieversorgung zentral für die Wahl eines Unternehmensstandorts. Der Staat muss deshalb Jahr für Jahr viele Milliarden Euro mehr in die Hand nehmen, um Transportwege zu modernisieren, die Bildungsinfrastruktur zu stärken und die digitale Infrastruktur umfassend zu verbessern.

Gutachten

Andreas Fischer, Dennis Bakalis, Thilo Schaefer, Edgar Schmitz:
Standortvorteil Erneuerbare Energien?
iwkoeln.de/erneuerbare

Kurz Zeit zum Durchatmen

Europäische Union. Die Luftqualität innerhalb Europas hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, das zeigen erste Daten für 2022. Die EU will die Emissionsgrenzwerte nun erneut massiv verschärfen. Einzuhalten wären die geplanten Vorgaben dann aus mehreren Gründen kaum mehr.

Das Neckartor in Stuttgart erlangte 2008 zweifelhafte Berühmtheit: Fast nirgendwo in Europa war die Luft so schlecht wie am Verkehrsknotenpunkt der schwäbischen Metropole. Mehr als 100 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter wurden damals gemessen. 14 Jahre später zeigten die Messgeräte deutlich erfreulichere Werte an – auf 37 Mikrogramm ist der Jahresdurchschnitt 2022 gesunken. Ähnlich positive Entwicklungen sind in ganz Europa zu sehen (Grafik):

Im Jahr 2022 lagen in der EU nur noch 53 Messpunkte über dem erlaubten Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft, 3.160 Messstationen zeigten geringere Werte an. Im Jahr 2008 sah das noch ganz anders aus – 491 Orte lagen damals über dem Grenzwert.

An etwa 1.700 Stationen in der EU wird zusätzlich der Feinstaubgehalt gemessen. Den maximal zulässigen Wert von 20 Mikrogramm je Kubikmeter Luft überschritten im vergangenen Jahr 87 Standorte – die meisten davon in Norditalien.

Jene Maßnahmen, die zu niedrigeren Emissionen führen sollten, haben demnach langfristig Wirkung gezeigt – vor allem im Verkehrssektor. Nun will die EU die Grenzwerte weiter absenken und sich dadurch der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation annähern. Die EU-Kommission schlägt für Stickstoffdioxid einen Grenzwert von 20 Mikrogramm vor und für Feinstaub 10 Mikrogramm – jeweils ab 2030 geltend. Der Umweltausschuss des Parlaments plädiert für noch strengere Vorschriften und fordert eine weitere Halbierung.

Dabei gibt es jedoch eine Reihe von Problemen:

- Die Frist von nicht einmal sechseinhalb Jahren ist extrem kurz, um solche Effekte beispielsweise im Verkehrssektor zu erzielen. Die Aussicht auf Erfolg ist entsprechend gering.
- Allein über neuere und umweltfreundliche Fahrzeuge sind die Grenzwerte nicht zu erreichen. Es bräuchte

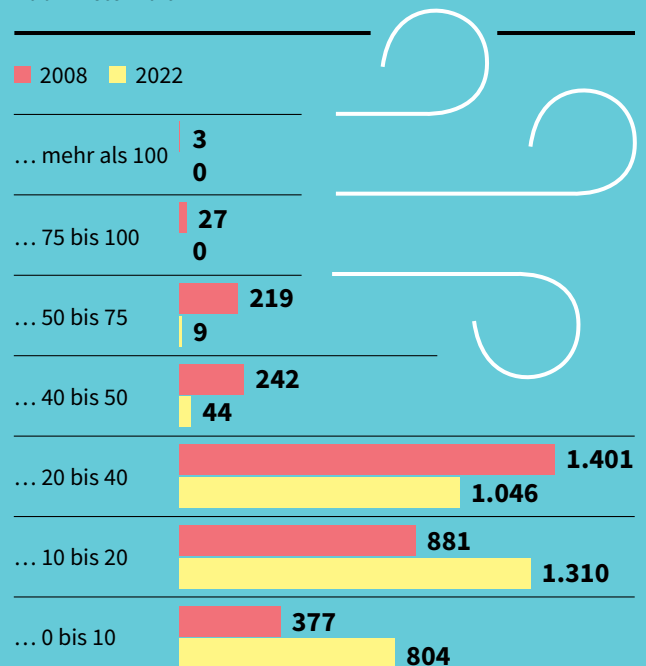
zusätzlich Eingriffe im Bereich Wohnen und in der Wirtschaft insgesamt.

- Die EU-Vorgaben sind rechtlich bindend. Kommunen müssten Maßnahmen selbst dann ergreifen, wenn kaum Aussicht auf Erfolg besteht.

Angesichts dieser Punkte wäre es sinnvoll, die niedrigeren Grenzwerte über einen längeren Zeitraum – etwa bis 2040 – anzustreben. So hätten die Mitgliedsstaaten genug Zeit, um die hochgesteckten Ziele auch wirklich zu erreichen.

Bessere Luft in der EU

An so vielen Messpunkten in der EU betrug die jahresdurchschnittliche Belastung mit Stickstoffdioxid ... Mikrogramm pro Kubikmeter Luft



Quelle: European Environment Agency
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Maut-Geld für die Schiene

Infrastruktur. Ab Dezember 2023 verdoppelt sich die Lkw-Maut in Deutschland durch den CO₂-Aufschlag nahezu. Die Straßenabgabe wird dann auch zu einem guten Teil Ausgaben für die Schiene finanzieren. Einen positiven Einfluss auf die Emissionen im Straßenverkehr wird die höhere Maut aber erst mal wohl nicht haben.

Deutschland ist das Transitland Nummer eins in Europa. Unter dem Verkehr leiden die Straßen und damit Teile der Infrastruktur. Um die ausländischen Nutzer an den Kosten für Reparaturen und Ausbau der Strecken zu beteiligen, hat Deutschland 2005 die Lkw-Maut eingeführt.

Ab 2011 war sie zweckgebunden, die Einnahmen durften nur noch für Autobahnen und Bundesstraßen verwendet werden. Die Maut hat seitdem die Investitionen des Bundes in die Straße größtenteils allein finanziert – ihr Anteil lag konstant zwischen 80 und 96 Prozent.

Nun steht eine Erhöhung der Maut an, denn die EU schreibt vor, dass bis März 2024 der CO₂-Ausstoß von Lastwagen eingepreist wird. Ab 2027 soll das auch für kleinere Transporter ab 3,5 Tonnen Gewicht gelten.

Deutschland führt den CO₂-Zuschlag zum 1. Dezember ein und verlangt 200 Euro pro ausgestoßene Tonne CO₂ – 110 Euro mehr als EU-rechtlich mindestens vorgeschrieben. Ab Juli 2024 weitet der Staat die Maut auf die kleineren Nutzfahrzeuge aus. Beides macht sich künftig in den Einnahmen deutlich bemerkbar (Grafik):

Die Lkw-Maut bringt im Jahr 2024 voraussichtlich mehr als 15 Milliarden Euro ein – rund doppelt so viel wie bislang.

Die zusätzlichen Einnahmen sollen, nachdem die strikte Zweckbindung aufgehoben wurde, den Ausbau des Schienennetzes mit-

finanzieren. Ab 2025 soll die Maut etwa 80 Prozent der Investitionen in deutsche Verkehrswege – also auch Wasserstraßen – decken.

Problematisch ist die sprunghafte Erhöhung der Lkw-Maut in erster Linie für Spediteure und kleinere Betriebe, die Güter transportieren. Denn ihnen fehlt bisher eine Alternative zu ihren herkömmlichen Lkws. Weder gibt es auch nur ein annähernd ausreichendes Angebot an emissionsfreien Lastwagen, noch lässt sich die gesamte Logistik auf die Schiene verlagern. Entsprechend werden die Zusatzkosten wohl in Zukunft auf die Kunden umgelegt.

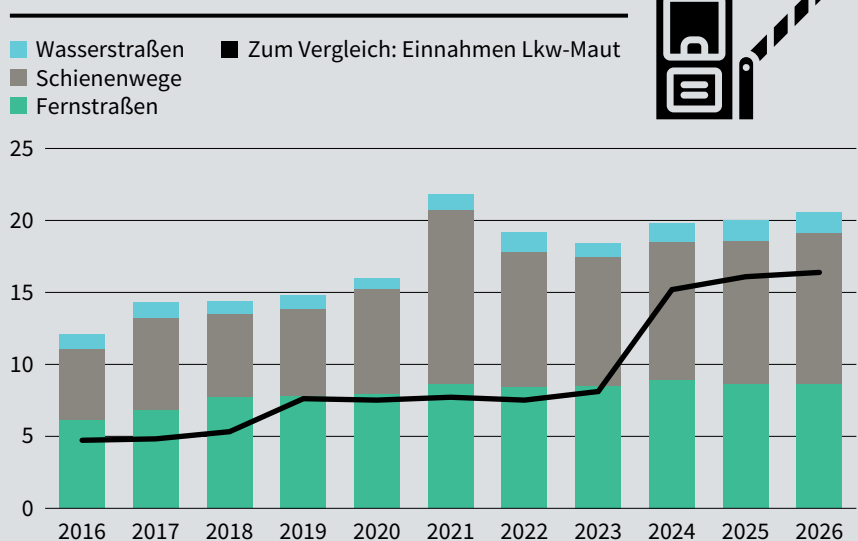
Die Politik hat es verpasst, einen preislich fließenden Übergang und Anreize für den emissionsärmeren Transport zu schaffen. Dazu hat sie das Problem der Doppelbelastung für Lkws durch den zusätzlichen CO₂-Aufschlag auf Sprit nicht gelöst. So erweckt das neue Mautgesetz den Eindruck, als hätte der Bund nur einen Co-Financier für die Bahn gesucht und gefunden.

IW-Kurzbericht 48/2023

Thomas Puls: Der Lkw bezahlt bald für alle – Mauterinnahmen und Verkehrsinvestitionen des Bundes
iwkoeln.de/maut

Investitionen in Verkehrswege: Vieles ist Maut-finanziert

Investitionsausgaben des Bundes in Milliarden Euro



2021 und 2022: Sondereffekt durch die Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG; ab 2023: geplant

Quellen: Bundesamt für Logistik und Mobilität, Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ProMobilität © 2023 IW Medien / iwd

Wie gewonnen, so zerronnen

IW-Konjunkturumfrage. Inflationssorgen und geopolitische Unsicherheiten trüben die konjunkturellen Aussichten in Deutschland. Die vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Unternehmen äußern sich daher aktuell deutlich pessimistischer als noch im Frühjahr. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen und Regionen.

Von der zaghaften Zuversicht, die die IW-Konjunkturumfrage im Frühjahr verbreitete, ist ein paar Monate später nur noch wenig übrig (siehe iwd 10/2023). Zwar haben sich die Materialengpässe in der deutschen Industrie deutlich entspannt, doch die Folgen der Energiekrise sind längst nicht überwunden und die nach wie vor hohe Inflation nagt an der Kaufkraft der Verbraucher. Zudem führen unter anderem die politischen Spannungen zwischen China und den westlichen Staaten dazu, dass viele Unternehmen mit ihren Investitions- und Produktionsentscheidungen zögern.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Mehrheit der Wirtschaftsforscher inzwischen für das laufende Jahr mit

einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Stimmungswandel schlägt sich auch in der aktuellen Konjunkturumfrage des IW nieder. Die zentralen Ergebnisse (Grafik):

Gut ein Drittel der befragten Unternehmen stuft die aktuelle Geschäftslage im Vorjahresvergleich als schlechter ein, nur knapp ein Viertel sieht eine Verbesserung. Kaum positiver fällt der Blick auf den weiteren Jahresverlauf aus.

Bezüglich der Investitionen halten sich Optimismus und Pessimismus einigermmaßen die Waage. Doch wenn man berücksichtigt, dass die Investitionstätigkeit in den vergangenen (Corona-)Jahren

schwach war, ist der ausbleibende klare Aufwärtstrend eine schlechte Nachricht. Die Beschäftigungsperspektiven sind zwar ähnlich verhalten, doch das lässt sich angesichts der schwachen Konjunktur immerhin als Signal deuten, dass der Arbeitsmarkt stabil ist.

In den einzelnen Wirtschaftssektoren fallen die Umfrageergebnisse recht unterschiedlich aus:

Industrie. Verglichen mit der IW-Konjunkturumfrage vom Frühjahr sehen die Industriefirmen inzwischen deutlich skeptischer nach vorn (Grafik Seite 15):

Gut vier von zehn Industrieunternehmen rechnen für das Gesamtjahr 2023 mit einer rückläufigen Produktion, nur noch drei

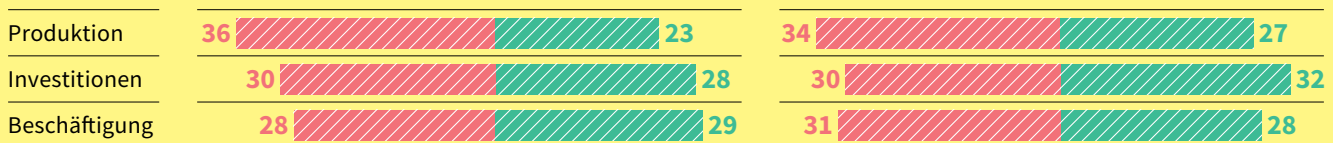
IW-Konjunkturumfrage: Überwiegend trübe Stimmung

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...

■ Schlechter
■ Besser

... bewerten die Lage bei diesen Indikatoren im Sommer 2023 gegenüber dem Sommer 2022 wie folgt

... erwarten für das Gesamtjahr 2023 gegenüber 2022 diese Entwicklung



Rest zu 100; gleichbleibend
Befragung von 2.086 Unternehmen im Juni 2023

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

von zehn werden ihre Fertigung voraussichtlich ausweiten.

Vor allem die Hersteller von Konsum- und von Grundstoffgütern sind überwiegend pessimistisch. Erstere leiden insbesondere unter der inflationsbedingten Zurückhaltung der Verbraucher, Letztere zudem unter Produktionseinschränkungen infolge der Energiekrise. Weiterhin recht positiv ist das Stimmungsbild allein bei den Produzenten von Investitionsgütern wie Maschinen und Fertigungsanlagen – diese Firmen bauen darauf, dass es in vielen Bereichen in Deutschland inzwischen einen großen Nachholbedarf in Sachen Investitionen gibt. Im Verarbeitenden Gewerbe selbst wollen immerhin fast genauso viele Betriebe in diesem Jahr mehr investieren wie ihr Investitionsbudget kürzen.

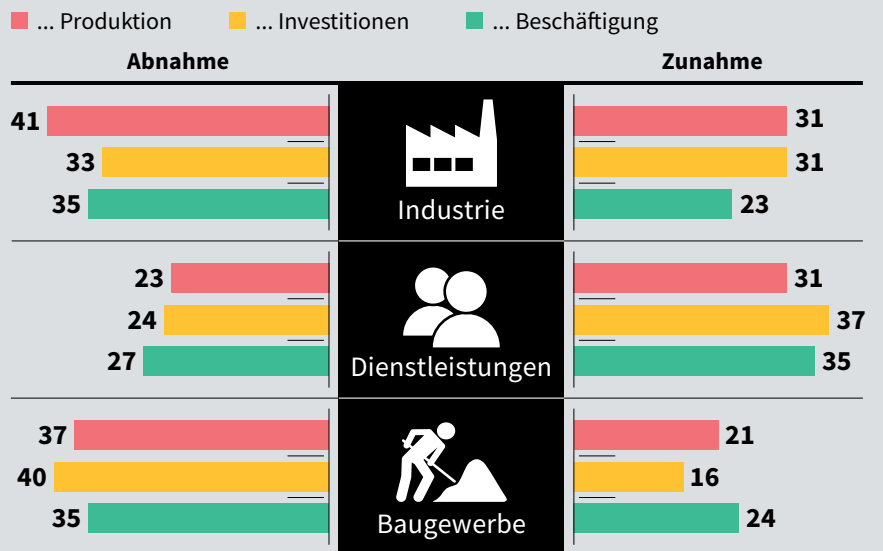
Dienstleistungen. Hier hat sich die Stimmung ebenfalls erheblich eingetrübt, allerdings überwiegen nach wie vor jene Unternehmen, die einen geschäftlichen Aufwärtstrend sehen. Das Gefälle innerhalb des Sektors ist jedoch groß:

Im Handel übersteigt der Anteil der negativen Geschäftserwartungen jenen der positiven Einschätzungen um 30 Prozentpunkte – in der Informations- und Kommunikationswirtschaft liegen dagegen die Optimisten um 27 Prozentpunkte vorn.

Insgesamt ist der Dienstleistungssektor der einzige große Wirtschaftsbereich, in dem nicht nur hinsichtlich der Geschäftstätigkeit, sondern auch mit Blick auf die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung eine

IW-Konjunkturumfrage: Zuversicht nur bei Dienstleistern

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Gesamtjahr 2023 gegenüber 2022 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 2.086 Unternehmen im Juni 2023
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd



Mehrheit der Unternehmen zuversichtlich ist.

Baugewerbe. Ganz anders ist die Lage im Bausektor, in dem die Unternehmen – wie schon im Frühjahr – für 2023 im Vergleich zu 2022 schlechtere Geschäfte, sinkende Investitionen und einen Personalabbau erwarten. Zu den Gründen gehören die gestiegenen Kosten für Material und Energie, die Zinserhöhungen, welche die Baunachfrage drücken, sowie fehlende Fachkräfte.

Das Branchenmuster liefert auch eine Erklärung für die unterschiedlichen Konjunkturerwartungen in den einzelnen Regionen Deutschlands. Zwar überwiegen in allen vom IW definierten Wirtschaftsräumen

jene Firmen, die einen negativen Produktionstrend befürchten. Besonders groß ist die Mehrheit der Pessimisten allerdings unter anderem in Baden-Württemberg sowie im Raum Süd-West (Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland). In diesen beiden Regionen spielen energieintensive Wirtschaftszweige wie die chemische Industrie eine große Rolle – und diese Branchen haben in besonderem Maß mit den Folgen der Energiekrise zu kämpfen (siehe iwd 14/2023).

IW-Report 36/2023
Michael Grömling:
Der Pessimismus ist zurück – IW-Konjunkturumfrage Sommer 2023
iwkoeln.de/konjunkturumfrage-s2023

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Graphik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de · **In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.**



Zahl der Woche

bekommen Sechs- bis Neunjährige im Durchschnitt an Taschengeld in der Woche, wie eine Umfrage im Auftrag des Direktversicherers Cosmos-Direkt im Jahr 2022 ermittelt hat. Das klingt überschaubar, doch wenn alle rund drei Millionen Kinder dieser Altersgruppe in Deutschland diesen Betrag erhalten, kommen so jede Woche 11,7 Millionen Euro zusammen – auf ein Jahr gerechnet sind es 607 Millionen Euro.

Eine Befragung von Eltern aus dem Frühjahr 2023 für denselben Auftraggeber zeigt, wofür die Grundschüler ihr Taschengeld ausgeben: Rund die Hälfte (55 Prozent) der Kinder kauft Spielzeug und Spiele, ein Drittel erwirbt vor allem Süßigkeiten und Snacks und ein Viertel spart einen Großteil des Geldes für eine größere Anschaffung.

Die Konsumgewohnheiten unterscheiden sich zwischen den Geschlechtern bereits in diesem Alter. Laut Befragung geben 12 Prozent der Mädchen, aber nur 1 Prozent der Jungen das Taschengeld in erster Linie für Kleidung und Accessoires aus. Auch für Schulsachen und Bastelmaterial sind Mädchen eher als Jungen bereit, an eigene Reserven zu gehen. Dagegen investieren 8 Prozent der Jungen den Löwenanteil ihres Taschengeldes in Apps und Computerspiele, was wiederum nur 3 Prozent der Mädchen tun.

Top-Liste: EU-Zufluchtsländer

Mehr als vier Millionen Menschen sind seit Kriegsausbruch aus der Ukraine in die EU geflüchtet. Rein rechnerisch kamen damit auf 1.000 EU-Bürger genau neun Schutzsuchende aus der Ukraine. In Wirklichkeit verteilen sich die Flüchtlinge jedoch sehr ungleichmäßig: So hat Tschechien, wo gut 10,5 Millionen Menschen leben, bis Ende Mai 2023 mehr als 340.000 Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen – daraus ergibt sich eine Relation von rund 32 ukrainischen Flüchtlingen je 1.000 Tschechen. Griechenland am anderen Ende der Skala kommt lediglich auf einen Wert von 2,2. In absoluten Zahlen ist Deutschland der EU-Staat, der mit mehr als einer Million die meisten Schutzsuchenden aufgenommen hat. Die wenigsten haben in Malta Zuflucht gesucht: Dort wurden nur 1.755 Flüchtlinge aus der Ukraine registriert.

Ukraine-Krieg: Wohin die Menschen flüchten

So viele Flüchtlinge aus der Ukraine haben diese EU-Staaten bis Ende Mai 2023 je 1.000 Einwohner aufgenommen



■ Zahl der aus der Ukraine aufgenommenen Flüchtlinge

Tschechien	32,3	340.090
Estland	26,4	35.105
Polen	26,3	999.375
Litauen	24,9	69.875
Bulgarien	23,1	157.645
Lettland	22,5	42.245
Slowakei	18,8	102.050
Zypern	18,5	16.710
Irland	16,6	83.845
Deutschland	13,4	1.111.590
...		
Griechenland	2,2	23.645

Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

iwd